

Konzept «Case Management Berufsbildung in der Zentralschweiz»

Das Wichtigste in Kürze

Das BBT hat die Kantone aufgefordert, bis 31.08.2007 ein Konzept für ein Case Management Berufsbildung einzureichen. Jeder Kanton erhält dafür pauschal 20 000 Fr. und gestützt auf dieses Konzept können im Nachgang Innovationsprojekte nach Art. 54/55 BBG eingereicht werden.

Die EDK hat beschlossen, bis zum Jahr 2015 die Quote derjenigen Jugendlichen, die einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen, von heute 89% auf 95% zu steigern. Der Bund fordert ebenfalls, mehr Jugendliche in die Berufsbildung zu bringen; sie zu unterstützen, die Ausbildung auch abzuschliessen und eine berufliche Anstellung zu finden. Um diese Zielsetzungen zu erreichen, sind Aktivitäten in drei Bereichen notwendig:

- an der Nahtstelle Sekundarstufe I – Sekundarstufe II müssen noch mehr Jugendliche in eine berufliche Ausbildung gebracht werden;
- während der Lehre müssen Jugendliche, die ihre Lehre abbrechen, stärker unterstützt werden, um ihre Ausbildung fortsetzen zu können – im gleichen oder in einem anderen Beruf;
- am Ende der Ausbildung müssen Jugendliche stärker unterstützt werden, die Mühe bekunden, einen Arbeitsplatz zu finden.

Abschätzungen zeigen, dass in der gesamten Zentralschweiz bis zu 500 Jugendliche eine zusätzliche Unterstützung benötigen, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Bereits heute wird gerade in der Zentralschweiz sehr viel getan. Soll die geforderte Quote erreicht werden, dann zeigt sich Handlungsbedarf unter zwei Aspekten: an der Nahtstelle Sekundarstufe I – Sekundarstufe II braucht es nur noch wenige zusätzliche Massnahmen, aber hier fehlt vor allem die **Koordination**, wenn Schüler/innen in verschiedenen Bereichen Unterstützung brauchen – sie ist damit in der Regel interinstitutioneller Natur. Während der Ausbildung wird schon viel gemacht. Es fehlt aber eine Art „**Frühwarnsystem**“, um präventiv wirken zu können, und fachliche **Ressourcen**, um bedürfnisgerecht unterstützen zu können. An der Nahtstelle Sekundarstufe II – Berufswelt fehlen heute **systematische Angebote**, auch wenn im Einzelfall schon Einiges gemacht wird.

Die Kernelemente des im Konzept entwickelten Case Management Berufsbildung sind:

- Ein definiertes und für alle Kantone identisches Set von **Indikatorenfeldern**, um die gefährdeten Jugendlichen zu identifizieren. Die erste Identifikation erfolgt durch die Lehrpersonen, eine lokale Case Management-Konferenz hilft bei der Verifizierung und sichert die Entscheidung, welche Massnahmen eingeleitet werden sollen. Das Urteil stützt sich auf die neu einzuführenden Standortbestimmungen in der Oberstufe der Volksschule (Übergang Sek I – Sek II). Das gleiche Set von Indikatorenfeldern ist aber auch hilfreich bei der Identifikation von Problemen während der Ausbildung und bei Schwierigkeiten am Übergang von der Ausbildung in die Berufswelt. Auf diesen Indikatorenfeldern baut die Diagnose auf, die zu einer zielgerichteten Lösung führen.
- Ein **standardisierter Ablauf** der Schritte, die zur Unterstützung führen.
- Eine **Verbesserung der Koordination** bei mehrfachen Interventionen durch **Professionalisierung**: professionelle Case Manager übernehmen die Steuerung der Interventionen.

- **Lehrbetriebe** sowie **Lehrpersonen** der Oberstufe und der Berufsfachschulen werden **entlastet**, sie können bei Problemen auf professionelle Hilfe zählen.

Eine Abschätzung zeigt, dass im Aufbau etappenweise – abhängig vom konkreten Bedarf – 200 Stellenprozent für die professionellen Case Manager aufgebaut werden müssen. Dafür sind kompetente Personen anzustellen und für diese Aufgabe zu qualifizieren. Wünschbar ist im Rahmen einer Lösung mit variabler Geometrie diese Ressourcen zu konzentrieren, damit die Professionalisierung auch wirklich gewährleistet werden kann. Geeignete Personen können auch unter den verschiedenen Fachleuten gefunden werden, die sich für Jugendliche engagieren. Dabei denkt man vor allem an die FiB-Berater für die Attestbildung.

Dem Aufwand steht als **Nutzen** eine namhafte Beeinflussung der Kosten der folgenden Art gegenüber:

- Reduktion von Doppel- oder Mehrfachbetreuung mit gleichem Ziel; vermuteter Effekt: gross.
- Effizienzsteigerung der Massnahmen, Abnahme der Betreuungszeit; vermuteter Effekt: mittel.
- Wegfall (zumindest Reduktion) von Unterstützungsmassnahmen (Arbeitslosenentschädigungen, Sozialhilfe, weitere Entschädigungen); vermuteter Effekt: gross (da ein Langzeiteffekt).
- Wegfall von Folgekosten einer sozialen Verwahrlosung infolge Desintegration (z.B. Folgekosten für Polizei; Beseitigung von Vandalenschäden; im Gesundheitswesen, z.B. wegen Verwahrlosung, Drogen- oder Alkoholmissbrauch u.a.); vermuteter Effekt: mittel.
- Gewinn des Gemeinwesens dadurch, dass diese Personen in der Lage sind, Steuern zu bezahlen und sich an den Aufgaben des Staates zu beteiligen; vermuteter Effekt: gross.

Da das Ziel darin besteht, mit Case Management **Hilfe zur Selbsthilfe** zu leisten, sind diese Überlegungen folgerichtig. Davon profitieren die öffentliche Hand ebenso wie die Berufsbildungspartner.

Die **nächsten Schritte**, die nun unternommen werden müssen:

- Eingabe des Konzepts beim BBT und Antrag auf Auszahlung der Pauschale;
- Umsetzung des Konzepts, definitive Festlegung der Abläufe; Bereitstellen, evtl. Erarbeitung von Instrumenten (z.B. Leitfaden und Checklisten für die kantonale Umsetzung); Festlegung der kantonalen Verantwortlichkeiten in Abstimmung mit dem regionalen Konzept;
- Rekrutierung und Ausbildung der Case Manager; Beginn Herbst 2007, Ausbildung nach Vorliegen eines Bildungsangebotes;
- Konzeption und Einleitung der Evaluation des Case Managements (Projekt 2008);
- Prüfung, wie weit die bestehenden Massnahmen noch ergänzt und neue Projekte realisiert werden müssen; für jedes Projekt muss ein separater Antrag für die Durchführung gestellt werden:
 - ♦ Formulierung und Eingabe je eines Projektes für Lehrabbrecherinnen und den Übergang Sek II – Berufswelt (Projekt bis Ende 2007);
 - ♦ Erarbeitung eines Informations- und Kommunikationskonzept, wobei konkret für alle Anspruchsgruppen der Mehrwert aufzuzeigen ist (Projekt bis Ende 2007);
 - ♦ Erarbeitung eines Konzeptes für den Einbezug der Eltern (Projekt bis Ende 2007);
 - ♦ Prüfung, inwiefern ein Angebot geschaffen werden kann für Jugendliche, die in keinem der bestehenden Angebote Platz finden.
 - ♦ Ergänzungen in bestehenden Angeboten; Verbesserung des Informationsflusses unter den verschiedenen Partnern.